Ä-K14-172 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 45 löschen:
Über 50.000 engagierte Ehrenamtliche sind in Brandenburg bei den Freiwilligen Feuerwehren und den Jugendfeuerwehren für die Sicherheit ihrer Kommunen im Einsatz. Sie tragen zudem zum Zusammenhalt im ländlichen Raum bei. Es sollte selbstverständlich sein, dass ihnen dabei gutes Equipment, verlässliche Einsatzfahrzeuge, moderne Gebäude und ein breites Weiterbildungsprogramm zur Verfügung stehen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm schaffen, mit dem Kommunen ~~endlich~~ den finanziellen Spielraum dafür bekommen. Damit stärken wir den Freiwilligen Feuerwehren den Rücken und versetzen sie in Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse in die Lage, die Bevölkerung effektiv vor Bränden und Katastrophen zu schützen.

Begründung

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist der Brandschutz eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Wenn ihnen dafür das Geld fehlt, ist das Problem nicht der Mangel an Förderprogrammen sondern eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Diese muss dann auch bei der Festlegung der Schlüsselzuweisungen behoben werden und nicht durch die Auflage von Investitionsprogrammen.

Dennoch kann es sinnvoll sein, besondere Problemlagen (wie z.B. die zunehmende Waldbrandgefahr aufgrund der Klimakatastrophe) auch landesweit zu adressieren. Dafür hat es immer wieder entsprechende Förderprogramme gegeben, auch in der ablaufenden Legislatur. Daher bitte ich um die Streichung des Wortes "endlich", denn diese Programme sind keine neue Erfindung.